

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierförmig 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeinderats-Girokonto Nr. 2. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die leichten kleinen Anzeigen bis 100 Ww. im oberhalb der Werbung aufgestellten Zeile 200 Pf. — Ganzseitige Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 274

Donnerstag den 24. November 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Freitag und Sonnabend den 25. und 26. dieses Monats sind die Geschäftsräume einschließlich Nebenamt wegen Reinigung nur vormittags für dringende Geschäfte geöffnet.
Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde,
am 29. November 1921.

Ausstand. Weizenzettel
sind in sämtlichen Verkaufsstellen abgeholt werden.

Sig: M. Dippoldiswalde

Dienstigen Haushaltungen, die Frauen zur Vornahme häuslicher Arbeiten vorübergehend benötigen, werden aufgefordert, sich beim hiesigen Bezirksarbeitsnachweis (Markt 45) zu melden.

Dippoldiswalde, den 23. November 1921.

Der Stadtrat

— Erwerbslosenfürsorgeamt. —

Viertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 13. November. Der gestrige Vortragabend des Gewerbevereins hatte sich eines — wohl ohne Lichtbildern, unerwartet — zahlreichen Besuches zu erfreuen; ein Ansporn für den Verein, auch weiterhin neben dem mehr als Unterhaltung gewerteten Lichtbildervortrag selbst weit abseits vom gewöhnlichen Wege liegenden wissenschaftlichen Gebiete in seinen Vortragabenden zu behandeln. „Körper und Seele“ war das Thema, das Herr Dr. Modrauer behandelte, und zwar in sachlicher Weise, rein vom wissenschaftlichen Standpunkte. Redner zeigte, wie der Begriff „Seele“ bei verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten verschieden war, wie sich aber andererseits diese oder jene Anschauung in weit von einander liegenden Zeiträumen wiederholte. Das deutsche Volk habe bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein festgehalten an dem von der Kirche gelehnten Glauben von der unsterblichen Seele, während die Wissenschaft längst andere Wege gegangen war, auf deren Ergebnisse sich seit dieser Zeit alle die stützten, denen die Kirchenlehre volle Beständigkeit nicht mehr gab, dabei aber nur aus einem Extrem ins Andere gerieten, weil die zum richtigen Durchdenken der wissenschaftlichen Ergebnisse notwendige Vorbildung mangelte. Gerade das aber sei die Schuld an einem bedauerlichen und unfruchtbaren Kampfe, der ja heute noch tobt zwischen der materialistisch-wissenschaftlichen und der spiritistisch-religiösen Richtung. Hier müsse etwas geschehen. Die Kirche habe eine wissenschaftliche Volksbildung vielfach nicht zugelassen. Selbst Gelehrte standen auf dem Standpunkte, daß das Volk dazu nicht reif sei. Nach seiner Überzeugung aber sei der einzige Ausweg: Alle die, die Wert darauf legen, müssen sich wissenschaftlich unterrichten, orientieren. Nunmehr legte Herr Dr. Modrauer dar, wie die exakten Naturwissenschaften das Wesen der Seele zu erforschen versuchten, bis sie schließlich an einem Punkt anlangten, an dem sie nicht mehr weiter konnten und den zu überschreiten ihnen immer unmöglich sein werde, wie aber dann die Philosophie einsetzte und die Frage zwar nicht löste, aber sie doch der Lösung nahe zu bringen versuchte, und wie ihr das gelang in einer Weise, daß das Ergebnis für die, die sich bis hierher durchdenken und durchdringen, ein köstlicher Schatz ist, dessen Erkennen sie zu wahrhaft edlen Menschen machen, die das Rechte nicht tun, um verheissen Lohnes willen, sondern um des Guten selbst willen, ans sich heraus. Lautlose Stille holte im Saal geherrscht. Lauter allgemeiner Beifall und Dankesworte des Herrn Vorsitzenden bewiesen Herrn Dr. Modrauer, daß seine Ausführungen reiches Interesse gefunden hatten und es ihm gelungen war, vom Alltäglichen weitab liegende Gedanken den Zuhörern nahe zu bringen. Da der Herr Vortragende zu erkennen gab, daß eine Aussprache ihm nur angenehm sei, nahm Herr Superintendent Michael das Wort und verfehlte die Lehre der Kirche von der unsterblichen Seele. Die Antwort der Wissenschaft auf die Frage: „Habe ich eine unsterbliche Seele oder nicht?“ lasse die Menschen kalt. Mit der bloßen Wissenschaft und Philosophie werde nie ein Volk glücklich werden, es brauche auch den Glauben. Für die Ungerechtigkeiten dieser Welt, an denen gerade die Gegenwart überreich sei, müsse doch ein Ausgleich kommen, und der sei nur möglich in einem Weiterleben in einer anderen Welt. Herr Dr. Modrauer entgegnete, die Wissenschaft wolle denen, die den Glauben brauchen, diesen keineswegs nehmen, aber sie könne andererseits denen, die mit der Frage: „Habe ich eine unsterbliche

Seele?“ vor sie hinstreifen und die mit dieser Frage den Boden des Glaubens gewissermaßen bereits verlassen hätten, die Antwort nicht schuldig bleiben und müsse ihnen die Wahrheit sagen. Und nur an diese habe er sich mit seinen Darlegungen gewandt. An nochmaligen Dank an Herrn Dr. Modrauer und „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre“ schloß Herr Jehne die Mittelstellung, daß der nächste Vortrag mit Lichtbildern am 14. Dezember gehalten wird. Damit fand eine Veranstaltung mit nicht alltäglichen Anregungen ihr Ende, die gar manchen und manche — wie sie auch zur Sache selbst sich stellen mögen — doch Grund sein wird zum Nachdenken und zum Sichselbstverstießen.

Keine Belobigungsurkunden mehr. Nach einer Verfügung des Wirtschaftsministeriums werden neuerdings Belobigungsurkunden für Treue in der Arbeit nicht mehr ausgestellt.

Das Meißner Porzellangeld wird noch in diesem Jahre seine ursprüngliche Aufgabe, als Notgeld dem Kleinhandel abzuhelfen, beschließen, da das Reich die weitere Herstellung von Notgeld jeder Art untersagt hat, da es selbst genügend Scheidemünzen in den Verkehr bringen will. Die sächsische Regierung hat sich dieser Maßnahme bereits angeschlossen und das Notgeld in jeder Form verboten. Von den Meißner Münzen galten nur die Stücke zu 20 und 50 Pf. und zu 1 und 2 M. als kursfähiges Notgeld, während die mit Gold umränderten höheren Werte von 5, 10 und 20 M. lediglich Sammelwert hatten. Der Freistaat Sachsen wird die erstmals genannten vier Münzsorten noch bis Ende dieses Jahres einführen, doch ist anzunehmen, daß wohl fast alle Stücke in den Händen von Sammlern verbleiben, da sie einen beträchtlich höheren Wert darstellen. Der sächsische Staat dürfte bei der Herstellung dieser Münzen immerhin einige Millionen Mark verdient haben.

Bei dem Prüfungsausschuß der Beschwerden und Gesuche, die beim Landtag eingingen, ist auch ein Gesuch des Stadtgemeinderats zu Frauenstein, um Belassung des Forstamtes doselbst, abgegeben worden.

Im Verlage von M. & R. Jocher, Dresden, ist die Winterausgabe des Blitz-Jahrbuches des sächsischen Reiches der Reichseisenbahnen mit Thüringen, Harz und nördlichen Tschecho-Slowakei sowie sämtlichen wichtigen Anschlüssen am 25. Oktober zur Ausgabe gelangt.

Schmiedeberg. Die nächste Mutterberatungsstunde findet Mittwoch den 30. November, nachmittags 3—4 Uhr in der Schule statt.

Glashütte. Bei der Gemeinderatswahl machten von 1900 Wahlberechtigten 1730 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es erhielten die Bürgerlichen 5, die Mehrheitssozialisten 3, die Unabhängigen 3 und die Kommunisten 1 Stz.

Possendorf. Der hiesige gemischte Gesangchor veranstaltet diesen Sonntag abends 7 Uhr im Saale des Gasthofes eine öffentliche Gesangs-Aufführung. Der Reinertrag soll dem Possendorfer Frauenverein zufliessen, damit den Armen des Ortes eine Weihnachtsfreude bereitet werden kann.

Am Totensonntag waren die Gräber der Toten auf unseren Friedhöfen vielfach geschmückt; auch am Kriegerdenkmal vor dem Gasthofe hatte man als Zeichen pietätvollen Gedankens Kränze der Liebe und Dankbarkeit niedergelegt.

Wilsdorf. Mit großem Bedauern sehen wir Herrn Lehrer Neubert in diesen Tagen von hier scheiden, der nun sein neues Schul- und Kirchenamt in Geising antreten will.

Dresden. Bei gutbesetztem Hause und vollen Tribünen eröffnete Präsident Fräßdorf die Landtagsitzung am Dienstag. Als dringliche Vorlage wird als erster Punkt auf die Tagesordnung eine Vorlage der Regierung gesetzt, nach der die Regierung vom Landtag die Bewilligung eines Betriebsverhältnisses von 50 Millionen Mark zur Sicherung der Kartoffelversorgung fordert. Wirtschaftsminister Tschisch gibt hierzu eine Erklärung ab, in der er eingangs auf die Kartoffelnot in Sachsen hinweist. Die Schuld an diesen Zuständen schleift er der freien Wirtschaft zu und weiterhin der Reichsregierung, weil sie nicht entschlossen ist, einen Höchstpreis für Kartoffeln für das ganze Reich festzusetzen und dadurch den Wucher wenigstens einzudammen. Sachsen ist dadurch schwer gefährdet. Die sächsischen Großstädte hätten sich deshalb beim Wirtschaftsminister in entschieder Weise für die sofortige Aufhebung des unabhängig vom Reiche eingestellten sächsischen Höchstpreises eingesetzt, weil die sächsischen Großstädte der Meinung sind, daß selbst bei Anerkennung einer bisherigen guten Wirkung des sächsischen Höchstpreises dieser von nun an insofern eine Gefahr darstelle, als er die Zufuhr von außersächsischen Kartoffeln ungemein erschwere, ja fast unmöglich mache. Da in den anderen deutschen Bundesstaaten Kartoffeln unter 85—100 M. überhaupt nicht mehr

zu haben sind und die sächsische Regierung einfach vor der Wahl steht, entweder schlägt diese Preis mit anzuregen, oder sämtliche Großstädte Sachsen und besonders auch einzelne ländliche Distrikte vor eine furchtbare Kartoffelkatastrophe zu stellen. Aus diesem Grunde ersucht die sächsische Regierung, dem Wirtschaftsministerium einen Kredit von 50 Millionen Mark zur Rettungshilfe von Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. — Sämtliche Parteien sprechen sich für den Kredit aus. Der Antrag wird schließlich angenommen. Der Antrag des Abg. Ebert u. Gen. Erwerbslosenunterstützung betr., und der Antrag, Neuwahlen in den Gemeinden betr., wird ohne Ausprache gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. — Es folgt die große Etatrede des Finanzministers. In fast zweistündigen Ausführungen gab der Minister Heldt Aufschluß über die Finanzgebarung des Staates. Gleich zu Anfang mußte er feststellen, daß das Bild, das er dem Hause entrollen muß, leider kein erfreuliches ist. Im Reiche wie in den Ländern und Gemeinden stehen schon längst die Ausgaben zu den Einnahmen nicht in entsprechendem Verhältnis. Die gesamten Ausgaben sind im Haushalt 1921 mit 2147 Millionen Mark, im Haushaltplan für 1922 mit 2313 Millionen Mark veranschlagt worden, während sie noch im Rechnungsjahr 1920 auf 1200 Millionen Mark beziffert werden konnten. Demgegenüber ist das Gesamteinnahmesoll für 1921 nur mit 1397 Millionen Mark und für 1922 mit 1729 Millionen Mark eingestellt worden. Somit ergibt sich für 1921 ein Fehlbetrag von 750 Millionen und für 1922 ein solcher von 584 Millionen Mark. Der Minister wendet sich alsdann den einzelnen Kapiteln zu und muß feststellen, daß beim Kapitel Forsten für 1921 nur ein Überschuss von 30 Millionen Mark vorhanden ist. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß größte Sparmaßnahmen in sämtlichen Verwaltungskreisen dringend geboten sind. Erfreulicherweise kann der Minister feststellen, daß die Fortschritte der staatlichen Unternehmen günstige Ergebnisse zeitigten, ja, daß sogar ein befriedigender Reingewinn zu erwarten ist. Die staatlichen Straßenbahnen weisen diesmal einen Fehlbetrag von 1 656 000 M. auf. Die staatlichen Kraftwagenlinien lassen demgegenüber einen kleinen Überschuss erhoffen. Der Minister hebt hervor, daß die Haupteinnahmen des Kapitels Abgaben die Anteile des Staates an den Reichsteuern bilden. Ein bestimmter Satz ist aber noch nicht festzustellen. Die sächsische Staatsbank konnte mit einem Überschuss von 1 1/2 Millionen Mark abschließen. Die Anteile des Staates an den indirekten Reichsteuern sind auf Grund vorstichtiger Schätzungen für beide Rechnungsjahre mit 77 Millionen eingestellt worden. Die neue Gewerbesteuer, die etwa 60 Millionen Mark für den Staat ergeben wird, soll mit Beginn des Rechnungsjahrs 1922 erhoben werden. Eingehend bespricht der Minister dann den Haushalt der Juschäße. Bei den Einstellungen des außerordentlichen Etats weißt der Minister noch auf die für 1921 angeforderten 280 Millionen Mark für Förderung des Wohnungsbau hin. Unter lebhaftem Beifall schließt der Minister mit einer Mahnung, die Hoffnung nicht zu verlieren. Es wird mit uns wieder vorwärts gehen. — Abg. Easian (Soz.) erhaltet darauf als erster das Wort zur Debatte. Er geht eingehend auf die einzelnen Kapitel des Etats ein und fordert insbesondere, daß neben den Ausgaben für Wohlfahrtseinrichtungen für Studenten auch Mittel für eine Arbeiterakademie bereitgestellt werden. Der Redner begrüßt es, daß beim Kapitel der sozialen Fürsorge die Posten vergrößert bzw. neue Posten eingesetzt worden sind. Beim Wohnungsbau würden nicht immer die Allgemeininteressen vertreten. Abg. Eberle (Nat.) sagt eingangs: Der Etat ist das Bild der vollendeten Hilflosigkeit. Die sittliche Schwäche des deutschen Volkes und seiner Führer sei schuld an dem Ruin, über dem jetzt die rote Fahne weht. Die Erbteilung kann uns nur durch Rückkehr des Verantwortungsgefühls und durch Abkehr von der sittlichen Schwäche werden. Der Redner schließt, wir brauchen eine sittliche, verantwortliche und einheitliche Führung des Volkes. — Mittwoch 1 Uhr geht die Aussprache weiter.

Ein evangelischer Landesbischof. Wer soll an der Spitze der sächsischen Landeskirche stehen? Die Frage wird nicht nur in den Kreisen der Synodalabgeordneten, sondern weitblit im Lande lebhaft erörtert. Sie bildet einen Hauptpunkt der von der gegenwärtigen Synode behandelten Verfassungsfragen. Luther wollte ursprünglich die lutherische Verfassung weiter bestehen lassen, wenn sie sich nur mit evangelischem Geist erfüllen ließe. Das geschah nicht. So entstanden das landesherrliche Kirchenregiment und die Konfessionen. Sie haben viel gutes geschafft in Aufbau und Abwehr bis in die Gegenwart. Das soll Ihnen unvergessen sein.

Aber populär waren sie nicht. Denn sie waren Kollegen. Von Kollegen kann sich das Volk keine rechte Vorstellung machen. Es will Personen haben. Die Geistlichkeit will eine persönliche Spitze haben, aber ebenso verlangen die Kirchenglieder nach einer einheitlichen Repräsentation. Dieses Bedürfnis ist allenfalls hervorgekommen. In Bayern hat man einen Kirchenpräsidenten, in Thüringen einen Landesoberpfarrer ernannt. Warum soll man in Sachsen nicht einen Landesbischof an die Spitze stellen? Man wendet ein, das sei eine schwäbische katholische Kopie. Der Einwand ist irrtig. Denn das Bischofamt entstammt der urchristlichen Zeit, es bestand in den Gemeinden, von denen das Neue Testament erzählt. Katholisch ist der Bischof erst geworden, als die Kirche katholisch ward. Die Reformation ging auf die Urkirche zurück, so ist es nur folgerichtig, wenn die evangelische Kirche wieder das Bischofamt errichtet. Mag auch die Art des Amtes in einzelnen Stücken sich anders gestalten, nachdem eine jahrtausendlange Entwicklung hinter uns liegt. Auch in den synodalen Kreisen der Preußischen Landeskirche wird die Bischofsfrage eifrig erörtert.

Melchen. Am Sonntag haben hier die Ergänzungswahlen zum Stadtverordnetenkollegium bei einer Wahlbeteiligung von 90% stattgefunden. Es erhielten die bürgerliche Einheitsliste 10 098 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 9140, die Unabhängigen 1289, die Kommunisten 920 Stimmen. Von den 12 ausscheidenden Stadtverordneten erhalten die Bürgerlichen 6 und die Mehrheitssozialisten ebenfalls 6. Es bleibt somit das alte Verhältnis von 18 : 18 bestehen.

Freiberg. Die seit einiger Zeit in Erwägung gezogene Vereinigung der beiden höheren Schulen Freibergs ist durch die Einführung des lateinlohen Unterrichts in den Unterklassen des Gymnasiums Alberlinum von Ostern 1922 ab einen Schritt näher gerückt, da die Reformierung des Realgymnasiums nach den Richtlinien des König-Georg-Gymnasiums in Dresden schon seit mehreren Jahren begonnen worden ist und von Ostern 1922 ab bis zur Obertertia durchgeführt wird. Die Gabelung in den Oberklassen in je eine sprachlich-historische und eine mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung, wodurch die Neigung und Fähigung der Schüler schon in den letzten Schuljahren mehr als bisher Rechnung getragen wird, findet in beiden Anstalten statt. Die Frage der Zusammenlegung ist zurzeit noch nicht spruchreif.

Leipzig. Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden ist der Rat unserer Stadt verpflichtet, den städtischen Arbeitern die dort vereinbarte Erhöhung der Löhne und Kinderbelohnungen zu gewähren. Die Erhöhung verursacht einen Mehraufwand von 23 600 000 M. jährlich, mithin auf die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 11 830 000 Mark. Der Rat hat beschlossen, diesen Mehraufwand zu bewilligen.

Wurzen. Auf welchen Umwegen man mitunter heutzutage nach einer Wohnung jagen muß, zeigt folgender Fall, der sich hier ereignet hat: Ein Röhrwerner Bürger arbeitet in Wurzen und möchte gern einen Wohnungsaustausch eingehen. Nach vieler Mühe ist es gelungen, daß ihm endlich eine Wohnung infolge Täuschens eingeräumt wird. Der Wurzener Bürger zieht nach Gera, der Geraer nach Hamburg, der Hamburger nach Berlin, der Berliner nach Dresden, der Dresdner nach Plauen i. V., der Plauener nach Leipzig, der Leipziger nach Röhrwien und endlich kann der Röhrwerner in Wurzen seinen ständigen Wohnsitz nehmen.

Röhrwien. Da die Wahlen in der Bezirksversammlung zu Röhrwien statt nach dem Verhältniswahlsystem nach dem Majoritätsprinzip vorgenommen sind, erklärte sie der Kreisausschuß als ungesehlich.

Hohenstein-Ernstthal. Infolge Versagens der Bremse fuhr das Postauto gegen das Bahnhofsgebäude an, wobei insgesamt 5 Personen zum Teil schwere Verlebungen davontrugen. Der Verkehr nach Waldenburg muß vorläufig eingestellt werden.

Krummersdorf. Am Sonntag fiel die Scheune des Gutsbesitzers Beyer mit sämtlichen Entfernschrägen einer Brandstiftung zum Opfer. Die Groß-Oberndorfer Feuerwehr, die mit zur Hilfe geeilt war, erlitt dabei einen schweren Unfall. Auf der abschüssigen, vereisten Landstraße kam der Schlauchwagen ins Rutschen, die Pferde vermochten den Wagen nicht zu halten, er überschlug sich und begrub vier Feuerwehrleute unter sich. Nach großer Mühe gelang es, den Wagen zu heben und die Leute zu bergen. Fünf Personen erlitten bei dem Unfall Verlebungen, zwei davon schwere.

Hohenstein-Ernstthal. Der hiesige Mieterverein hat die vom dem Hausbesitzer verlangte Mietpreissteigerung um 125% auf die Friedensmiete 1914 einstimmig abgelehnt und nur 60% bewilligt. Kann ein Hausbesitzer damit nicht auskommen, soll die Rentabilitätsberechnung des Mieteinzugsamtes nach Unterlagen eintreten.

Wüstenbrand. Einige hiesige Vereine sowie Gewerkschaftsmitglieder haben jetzt den im Mitteldorf gelegenen Gasthof "Zum Kronprinz" (früher Brauerei) zum Preise von 170 000 M. zwecks Errichtung eines Gewerkschaftshauses angekauft.

Scheibenberg. Für das im nächsten Sommer hier stattfindende 300-jährige Heimattfest sind schon die erforderlichen Vorbereitungen in Angriff genommen worden. Das vielversprechende Fest wird sich voraussichtlich auf 4 Tage ausdehnen.

— Einbrecher haben in der Freitagabend einen hiesigen Einwohner dadurch geschädigt, daß sie ein Erdgeschossfenster eindrückten und in der Wohnung außer 7000 M. Bargeld sämliche Schmucksachen im Werke von ungefähr 4000 M. entwendeten.

Glauchau. Ein unbekannter Wohltäter spendete 20 000 Mark zur Verbesserung von Kartoffeln für Minderbemittelte.

Plauen i. V. Im Adamshofstüm stellte sich ein Mauer von hier, der wegen Rückfallsdiebstahls eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten zu verbüßen hatte, am Montag früh um 5 Uhr vor der hiesigen Gefangenanstalt zur Strafverhöhung. Er durfte, da er nicht vorschriftsmäßig bekleidet

war, nicht angenommen werden. Die grüne Polizei auf dem Amtsberg nahm sich seiner an und hielt ihn so lange fest, bis seine Frau, die er, wie er angab, nach einem Streit aus Wut plötzlich verlassen hatte, ihm Hemd, Hose und Jacke gebracht hatte. Um 9 Uhr konnte er sich im Amtsgericht melden, und er wurde dann auch der Gefangenanstalt zur Verbüßung seiner Strafe zugeführt. Erklärt hat sich der Mann seiner Angabe nach nicht.

Schnitz. Mehrere Frauen aus den tschechischen Grenzorten, die hier Einhäuser bewohnt hatten, wurden auf dem Wege zum Zollamt zwischen Hermsdorf und Thomasdorf von zwei Männern in Zolluniform angehalten, die ihnen die Waren abnahmen, sie nach Bargeld durchsuchten und dann unter Drohungen, man werde sie noch anzeigen, entlassen. Hinterher stellte sich heraus, daß sie Schwindler in die Hände gefallen waren. Die verschärften Grenzsperrreiche deuten nun ein Gebiet für Schwindler zu werden.

Löbau. Während der letzten Sitzung des Bezirksausschusses drangen gegen 20 Personen, zumeist Frauen, in den Sitzungssaal ein. Sie waren die Abordnung der vor den Türen der Amtshauptmannschaft demonstrierenden Menge. Sie verlangten, erst höflich, dann immer bestimmter, Kartoffeln. Amtshauptmann Dr. Kunze redete beruhigend auf die Erregten ein, die immer wieder betonten: „Sie müssen Kartoffeln schaffen, sonst verbrennen wir!“ Er versprach schnellste Hilfe und warnte vor Gewalt. Der Vertreter der Landwirte im Bezirksausschuss erklärte, die Güter seien mit Sortieren noch nicht fertig, dieses Jahr seien 70—80% aller Kartoffeln kleine Kartoffeln (gegen 10% im Vorjahr). Leider hätten manche Landwirte aus der Reihe gefallen. Er schlug vor, eine Kommission zu wählen, die von Hof zu Hof gebe und die Kartoffelbestände aufnehme, wie es schon im Zittauer Bezirk der Fall sei. Der Vertreter der Gewerkschaften befürchtete, die Landwirte wollen 100 000 Rentner abgeliefert haben, 20 000 Rentner habe der Konsumverein erhalten, wo die übrigen 140 000 Rentner hingekommen seien, sei rätselhaft. Inzwischen erschienen der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Landwirte Ring und Bürgermeister Dr. Schaarschmidt. Allseits wurde die Not der Verbraucher anerkannt und versprochen, sofort Abhilfe zu schaffen. Eine Konferenz aus Mitgliedern des Vollzugsrates und der Demonstrationen beriet über die einzuschlagenden Wege.

Ifftau. Zum Stadtoberforstmeister ist in der nächstliegenden Stadtverordnetenversammlung Stadtförstmeister Wagner aus Kohlfurt gewählt worden.

Ifftau. In der Nacht zum 21. November wurde in die zurzeit hier veranstaltete Kunstausstellung der Münchner Künstlervereinigung „Der Ring“ eingebrochen. Es wurden 18 Gemälde im Werte von zusammen 300 000 M. gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Dittelsdorf bei Jitsau. Am Grabe seiner Gattin vom Tode überrascht wurde hier am Totensonntag der Kriegsveteran Karl Heinze. Während er einer Totengedächtnissfeier unweit des Grabes seiner Frau beiwohnte, wurde der noch tüchtige Mann vom Schlag getroffen und war binnen wenigen Minuten eine Leiche.

Eine Rede Briands.

Das Schlagwort von den „Sicherheiten“.

In der dritten öffentlichen Sitzung der Washingtoner Abstübungskonferenz hielt der französische Ministerpräsident Briand seine mehrtägige Rede, in der er die Lage Frankreichs hinsichtlich der militärischen Abstüungen schilderte. Ehe Briand das Wort ergriff, erstattete Hughes Bericht über die Arbeiten der Konferenz und ihrer Fortschritte seit

der letzten Sitzung und sprach dann von der Abstüzung zu Lande. Nur die Vereinigten Staaten, führte er aus, findet diese Frage keine Anwendung, denn die Vereinigten Staaten, die am Ende des Krieges 4 200 000 Mann unter Waffen hatten, haben heute nur noch eine reguläre Armee von 160 000 Mann. Die Vereinigten Staaten legten sich aber Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten und den Ansichten anderer Länder und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu beugen.

Nach dieser Verbeugung vor dem französischen Imperialismus hatte Briand schon vor Beginn seiner Rede gewonnenes Spiel. Neue Tatsachen brachte die Rede Briands nicht. Er begann mit einem großen Loblied auf die Friedensliebe Frankreichs (1), das lediglich deshalb nicht in Frieden leben könne, weil es dem bösen Nachbarn nicht gescheite. Unter Hinweis auf Deutschland erklärte er, es genüge nicht, die Heeresstärke heraufzuführen und das Kriegsmaterial zu verminderen, sondern es sei nötig, daß im Lande selbst eine Friedensatmosphäre herrsche. Die Abstüzung müsse gleichzeitig moralischer und materieller Art sein, und in Europa bestehen noch so ernste Elemente der Unfreiheit, es gebe noch Bedingungen, die Frankreich unbedingt in Betracht ziehen müsse um seiner Sicherheit willen. Briand operierte mit dem Gegensatz einer allgemeinen deutschen Kriegspartei zu der Friedenspolitik der Regierung und suchte darzutun, daß das entwaffnete Deutschland in Wirklichkeit immer noch ein heimlich militärischer Kolos sei. Ludendorff warte nur darauf, wieder über Frankreich herzufallen und wieder nach Paris zu marschieren. Man dürfe den deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Die französischen Soldaten würden, mit welchem Heldenmut diese Soldaten kämpfen, die Reichswehr bestehne aus 100 000 Mann, aber aus solchen Männern, die fast alle Unteroffiziere und Offiziere der alten Armee seien. Diese stellten die Kadetten für das Heer von morgen dar. Mit Einschluß der Sicherheitspolizei habe Deutschland 250 000 Mann zur Verfüzung und sei täglich imstande, den Krieg wieder zu beginnen. Diese sieben Millionen Soldaten, die ins Rüttelbecken zurückgekehrt seien, seien in Organisationen oder Vereinen der ehemaligen Kriegsteilnehmer gruppiert und es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Deutschland habe eine gute Industrie, und es sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabrizieren.

Den Kanzler Wirth lobte Herr Briand nach Verdienst, gab aber der Aussicht Ausdruck, daß er keineswegs in festen Schuhen stehe.

Dann kam der erwartete Hinweis auf den Mandat an Garantien durch die früheren Verbündeten. „Wir verstehen Ihre Lage“, so salutierte Briand, „doch wenn Frankreich allein zu stehen hat, kann es nicht aufgefordert werden, mit seiner eigenen Sicherheit zu spielen.“

Dann sprach der Engländer Balfour. Er stimmte im großen und ganzen Briand zu, bemerkte aber, daß sich die Neuerungen des französischen Ministerpräsidenten und der Standpunkt Frankreichs in der Abstüzungsfrage zu Lande aus einer „ganz unberechtigten Angstpsychose“ erklären ließen.

Der japanische Admiral erklärte, Japan sei im Prinzip bereit, der Einschaltung aller Mütterungen zugestimmen. Doch sei es mit Rücksicht auf die geographische Lage der einzelnen Länder schwer, insbesondere was die Landstreitungen anbetrifft, ungemein schwer, allgemeine Beschränkungen vorzuschreiben. Japans Mütterungen im fernen Osten hielten sich in den Grenzen, die für die Verteidigung Japans gezogen seien.

Der belgische Bevollmächtigte stimmte den Darlegungen Briands vollständig zu und erklärte, daß Belgien die Bewaffnung auf der jeweiligen Höhe bemessen müsse, wie es seine nationale Sicherheit erfordere.

Wiel beachtete wurde die Erklärung des Amerikaners Hughes. Er versicherte Briand, daß die Vereinigten Staaten die Lage Frankreichs durchaus berücksichtigen. Es könne keine moralische Isolierung bestehen für die Verteidiger der Freiheit und der Gerechtigkeit. Über auf Erklärungen über Allianzen könne Amerika sich nicht einlassen.

Nach einer kurzen Erklärung des Italieners Schanzer vertrat Hughes die Sichtung. Man glaubt, daß mit dieser Aussprache das Problem der Abstüzung zu Lande für die Washingtoner Konferenz so gut wie erledigt ist. Die Konferenz wird sich nun ihrer ursprünglichen Bestimmung, der Beratung der Flottenabstüzung und dem ostasiatischen Problem wieder zuwenden.

Auch ein Hungerstreit.

Die Lichtenburger Epizootie.

Die innenpolitische Lage zeigt trübe und ernste Ausblicke. Deutschland steht vor einem politisch schweren Winter. Es gärt in den radikalsten Kreisen der Massen. Mit wilden Streiks, Unruhen und Putschversuchen in Kleinern und größeren Umfangen ist zu rechnen. Die Plünderungen in Berlin, der Hungerstreit der kommunistischen Gefangenen in Lichtenburg, die darob von den Kommunisten inszenierten Tumulten im Reichstag und Landtag sind ein böser Auftakt. Alle diese Dinge verraten eine einheitliche Regel. In den Versammlungen der Kommunisten wird mehr oder minder offen zum Umturz aufgerufen.

Offenbar halten die Kommunisten den jetzigen Augenblick für günstig, um wieder einmal die Revolution vorwärts zu treiben, und zwar mit allen Mitteln, parlamentarischen und außerparlamentarischen. Zu den außerparlamentarischen gehören die Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, Konditoreien, Schuhläden und Kleidergeschäften, die seit einer Woche in Berlin an der Tagesordnung sind. Die Beteiligung kommunistischer Führer an diesen Versammlungen ist festgestellt. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Kommunist Fichtmann.

In den Parlamenten mußte ein offensichtlich auf Betreiben der Berliner Zentrale inszenierter Hungerstreit im Lichtenburger Rathaus den Anlaß zu dem wütenden Unsturm der Kommunisten gegen die Regierung geben. Etwa 130 politische Gefangene aus dem letzten Märzputsch verweigerten dort etwa 8 Tage lang jegliche Nahrungsaufnahme, um auf diese Weise ihre Freilassung zu erzwingen. Als bald veranstalteten die kommunistischen Fraktionen im Reichstag und im preußischen Landtag eine wilde Demo gegen die Justizverwaltung, die die Gefangenen dem Hungertode überließ und den Misshandlungen der Beamten preisgab. Zur Untersuchung dieses Tatbestandes begab sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss nach Lichtenburg bei Torgau, um die Beschuldigungen der Kommunisten auf ihre Berechtigung nachzuprüfen. Das Ergebnis dieser Untersuchung war für die Kommunisten ein großer Reinfall. Wie der mehrheitssozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. med. Grotjohn im „Vorwärts“ berichtet, entsprach der Befund auch nicht entfernt den grauenwollen Einzelheiten, die man in der kommunistischen Presse lesen konnte. Der Abgeordnete mußte von seinem Standpunkt als Arzt bekennen, davon überrascht worden zu sein, von wie verhältnismäßig wenigen Gefundheitsstörungen das achtjährige Fasten begleitet gewesen ist.

Solche Umstände legen die Frage nahe, ob die Gefangenen denn auch wirklich nichts zu sich genommen haben. Die Beamten der Anstalt sind der Meinung, daß die Gefangenen, obwohl sie die Anstaltsnahrung verweigert haben, trotzdem Speise zu sich genommen haben, und zwar aus ihren Paletten, die jeder von seinen Angehörigen von Zeit zu Zeit empfangen darf. Die Beamten glauben, daß die kommunistischen Gefangenen diese Aktion schon seit längerer Zeit vorhatten und für diesen Hungerstreit ihre Paletten gewissermaßen aufgespart hatten, so daß diese während der 8 Tage, wenn auch nicht viel, so doch immer heimlich etwas gegessen hatten.

Interessant sind auch die Mitteilungen, die der Vertreter des preußischen Justizministers in der Nachsitzung des Landtags am Montag machte. Bis auf 25 haben alle Gefangene das Hungern aufgegeben. Aus dem Verhalten einiger Gefangener hätten die Beamten geschlossen, daß die Leute doch einige Nahrung zu sich genommen haben. Auch einzelne Gefangene haben zu Protokoll befunden, daß fast alle, die eigene Nahrungsmittel hatten, davon aßen. Von einem „Hungerstreit“ kann also gar keine Rede sein. Damit ist das Vorgehen der Kommunisten völlig illusorisch gemacht. Der Landtag hat denn auch ihren Antrag

und nach, daß es
en Man-
ab, „doch
es nicht
erheit zu
ur. Er
bemerkte
chen Wi-
reichts in
ganz un-
span sei
stungen
die geo-
, insbe-
ngemein-
en. Ja-
in den
gezogen
en Dar-
terie, das
höhe be-
heit er-
Amerika-
ie Ver-
berücksig-
ung beste-
der Ge-
en könne
alleners
glaubt,
er Ab-
Konfe-
nferenz,
der
latischen
ernste
schwe-
en der
aufschen
echnen.
teil der
darob
en im
Alle
e. In
te oder
zehigen
revolu-
a Mit-
schen.
en die
ondito-
einer
Die
Bor-
ten be-
an.
ensicht-
genier-
Anlaß
angene-
et etwa
diese
b ver-
Reichs-
Heze
n dem
n der
Tatbe-
hungs-
schul-
g nach-
ar für
mehr
Groß-
befund-
hellen,
konnte.
lt als
n, von
en das
ie Ge-
kommen
nung,
hrung
kommen
er von
a Ge-
dort vor-
re ge-
ihrend
immer

auf Amnestie und Entlassung der Gefangenen abgelehnt; dagegen wurden ein sozialdemokratischer Antrag auf Nachprüfung der Sondergerichtsurteile sowie ein Antrag der Unabhängigen auf Umgestaltung der Straf-
anstaltordnung angenommen.

Was die „außerparlamentarische Aktion“ der Kommunisten betrifft, so beschäftigt sich die Regierung naturgemäß mit diesen Vorgängen und verkennt nicht den Ernst dieser innenpolitischen Gefahren. Sie ist gewillt, mit allen sozialen Mitteln der Teverung und Not zu steuern und dieses Agitationmittel den radikalen Wählern aus der Hand zu schlagen. Sie will auch mit aller Strenge und unnachgiebig gegen Wucher und Schieber vorgehen. Über sie ist auch entschlossen, gegen jede Provokation und gegen alle Umsturzpläne rücksichtslos vorzugehen.

In Berlin hat der Polizeipräsident wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, also auch alle Straßenumzüge und Straßendemonstrationen verboten.

Die Kreditbeschaffung.

Kreditaktion und Washington.

Im Steuerausschuß des Reichstages sprach Reichs-
kanzler Dr. Wirth über die Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission, besonders im Hin-
blick auf die Kreditbeschaffung der Industrie.

Im Laufe der Verhandlungen mit der Repara-
tionskommission hat sich, so führte der Kanzler aus, herausgestellt, daß die gesamte Reparationskommission wie auch die einzelnen alliierten Regierungen mit außerordentlicher Sorgfalt und mit außerordentlichen Hoffnungen der Kreditaktion der deutschen Industrie und den Verhandlungen der Industrie mit der deutschen Regierung gefolgt sind.

Der Kanzler sprach sich dann gegen kurzfris-
tige Kredite, die ruinös auf unsere Baluta ein-
wirken müßten, und hoffte, daß es zu einem Abschluß einer langfristigen Anleihe kommen werde. Augenblick-
lich allerdings müßte für die Regierung das Problem einer Kreditaktion auf lange Sicht mit Rücksicht auf die Washingtoner Konferenz in den Hinter-
grund treten. Trotz gewisser Bereitwilligkeitserklä-
rungen werden sich ernsthafte Aussichten für eine lang-
fristige Kreditaktion auf dem Weltmarkt erst dann eröffnen, wenn die Washingtoner Atmosphäre sich et-
was geläutert habe. Kommt auf der Abrüstungskonferenz keine Einigung zustande, dann würden die vorhandenen freien Gelder, die nicht sehr groß sind, auf dem Weltmarkt nicht zugunsten von Reparationszwecken verwendet werden können, sondern in den großen Abgrund des Wettbewerbs hineinrutschen. Die Bereit-
willigkeit mit uns zu verhandeln sei aber auf jeden Fall vorhanden.

Ein Vorschlag für die Januarrate?

Die Industrie, denkt an die Möglichkeit, unter Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht vielleicht einen Vorschlag zu erhalten, der zur Abdeckung von Januar- und Februarverpflichtungen herangezogen werden könnte. Die Industrie hat dem Kanzler noch besonders die Mitteilung zukommen lassen, es werde unverzüglich durch geeignete Unterhändler festgestellt werden, ob und auf Grund welcher Bedingungen eine langfristige Anleihe abzuschließen möglich sein werde.

Regierung und Industrie würden in einer gemeinsamen Kommission, die die Verhandlungsführer bestimmen, die Aktion in den nächsten Tagen fort-
führen.

Zum Schluss führte der Kanzler aus, daß die In-
dustry ihre Bedingungen auch heute noch nicht fallen gelassen habe. Die Regierung sei jedoch nicht in der Lage, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen Problemen zu verbinden. Das seien Probleme für sich, und die Reichs-
regierung werde diesen Weg gehen, wenn die Industrie nicht folgen sollte. Der Kanzler nimmt aber an, daß neben der Regierungmarschieren werde.

Politische Rundschau.

Erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Polizei.

Berlin, 22. November. Die Plünderungen, die gestern nachmittag und in der vergangenen Nacht wieder im Bentum und in Neukölln verübt wurden, haben den Minister des Innern und den Berliner Polizeipräsidenten veranlaßt, die Alarmbereitschaft der Sicherheitspolizei noch in besonderem Maße zu verstärken. Sämtliche Beamte befinden sich im Dienst und sind stets in Bereitschaft, bei Plün-
derungen einzutreten. Neben dieser Bereitschaft ist auch ein verstärkter Straßenpatrouillendienst einge-
richtet worden.

Auslösung der Kriegsgesellschaften.

Berlin, 22. November. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, sind bisher 143 Kriegsgesellschaften aufgelöst bzw. gelöscht worden. Zur Liquidation befinden sich noch 47 Gesellschaften, von denen der größte Teil bis Ende dieses Jahres gelöscht wird. Nicht in Liquidation befanden sich bis 1. November dieses Jahres vier Gesellschaften, und zwar die Reichsgetreidestelle, die Reichsbahnhofversorgungsstelle, die Einfuhrstelle für Getreide und Gütermittel und die Deutsche Seever-
sicherungsgesellschaft von 1914.

Rundschau im Auslande.

Die Mitglieder der Debener Generalmission, Herr Zarlo, Gordon und Samelin, sind in Budapest eingetroffen, um sich mit der ungarischen Regierung über die Durch-
führung der Volksabstimmung zu beschäftigen.

Lord George wird sich voraussichtlich in 14 Tagen zur Abrüstungskonferenz nach Washington begeben.

In Belfast, der Hauptstadt von Ulster (Nordirland), haben sich neue Zusammenstöße ereignet, bei denen eine Person erschossen und zahlreiche verwundet wurden. Truppen haben die Stadtzile, in denen die Unruhen vor sich gehabt, besetzt.

Australien: Die Erhebung gegen die Bolschewisten.

Die Erhebung in der Ukraine gegen die Bolsche-

wisten macht große Fortschritte. Die Bolschewisten haben die ganze Ukraine räumen müssen. Im Gouvernement Scherschgora ist ein Aufstand ausgebrochen, durch den die Rückzugslinie der Bolschewisten von Kiew bedroht wird. Auch die Erhebung der Bevölkerung in Karolien (Moldau) hat an Umfang zunommen. Die Karolier haben sich in den Besitz der Stadt Stein gesetzt, wo die Bevölkerung sich fast einstimmig ihnen angeschlossen hat. Am Donets ist ein Aufstand ausgebrochen. Die bolschewistische Strafexpedition, die die Ordnung wieder herstellen sollte, ist überwältigt und ist auf den letzten Mann niedergemacht worden. Die Eisenbahnbahn über den Fluss ist in die Luft gesprengt worden, so daß die Verbindung mit Petersburg unterbrochen sei.

Belgien: Das Ergebnis der Namermahlen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden die Oberaten 5 Siehe und die Katholiken 3 oder 4 Siehe gewinnen, während die Sozialisten 4 oder 5 Siehe verlieren werden. Kein einziger Nationalist wurde gewählt.

Amerika: Ein erster Konferenz-Ergebnis.

Neuer meldet aus Washington, daß der Ausschuß für die Frage des stillen Handels und des fremden Ostens einstimmig eine Entschließung angenommen hat, die ist die „Unverzichtbarkeit“ des Gebietes und der Ver-
waltung Chinas ausdrückt. Dies sei die erste konkrete Handlung der Konferenz. Die Enthaltung sei von Staat Amerika entworfen und überarbeitet worden.

Die Reise Stinnes' nach London.

Berlin, 22. November. Im Steuerausschuß des Reichstages erklärte Reichsanzler Dr. Wirth, die Reise Stinnes' nach London sei die Reise einer Privatperson, auf die die Reichsregierung natürlich keinen Einfluss habe. Allerdings habe Stinnes der Reichs-
regierung vor seiner Reise vorher Mitteilung gemacht. Die Führungnahme führender Kreise mit dem Aus-
lande sei sehr zu begrüßen und er wünsche, daß immer weitere Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, ins-
besondere auch die Gewerkschaftsbürokratie, Bank- und Wirtschaftskreise, hierzu Gelegenheit nehmen.

Englische Kritik an der Rente Briands.

London, 22. November. Der bekannte englische Schriftsteller Wells lobt der „Daily Mail“ über seine Einsicht bei der Rente Briands, Frankreich lehre nichts und vergesse nichts. Das sei Frankreichs größtes Unglück. Die nächste Tatsache bleibe bestehen, daß Frankreich angesichts einer abgerüsteten Welt ein großes Heer beibehalte und daß es sich energisch auf eine neue kriegerische Unter-
nehmung in Europa vorbereite. Um dies zu ent-
schuldigen, habe Briand eine mächtige Dar-
stellung über Deutschlands Vorbereitungen für eine Erneuerung der Feindseligkeiten vorgebracht.

Aus Stadt und Land.

Ein angeblicher Mörder Gräbers. Montag-
nacht hat sich der Dresdner Polizei ein gutgeklei-
deter Herr freiwillig gestellt mit der Behauptung
Tillesen, einer der Mörder Gräbers, zu sein. Da-
der Mann keinerlei Papiere bei sich hatte, und auch
das von ihm angegebene Geburtsdatum mit dem des
Mörders Tillesen nicht übereinstimmt, müssen nach
Mitteilung des Dresdner Polizeipräsidiums die An-
gaben des angeblichen Tillesen mit größter Vorsicht
aufgenommen werden. Es ist wenig wahrscheinlich,
daß es sich um einen der Mörder Gräbers handelt.

Drei Kinder in den Flammen umgekommen.
Wie aus Bielefeld gemeldet wird, sind bei einem
Brand in dem einsam gelegenen Dorfhaus Elba drei
Kinder verbrannt; die anderen konnten gerettet werden. Auch alles Bieb wurde ein Opfer der Flammen.
Es wird Brandstiftung vermutet.

Schössche Mörder in Polen angesichtet. Im
August dieses Jahres wurden in Kruschin, Kr. Brom-
berg, sechs Personen ermordet, und zwar wurden Be-
sitzer Ulrich und drei Familienmitglieder, ferner eine
Arbeiterin und ein Dienstmädchen erschossen und eine
große Geldsumme geraubt. Gest worden als Täter
dieses sechsfachen Mordes der 23-jährige Konditor Wolf

Drei Millionen Markdevisen beschlagnahmt. Der
Berliner Polizei ist es gelungen, in der Grenadier-
straße, der bekannten Zentrale ausländischer Schle-
und Bucherer, eine sogenannte Balutahöhle auszu-
heben, in der sich eine Anzahl von Personen, die be-
reits als lästige Ausländer ausgewiesen waren, mit
Devisenhandel und Balutahöhlungen beschäftigten.
Täglich wechselten dort Millionenvermögen ihre Be-
sitzer, ohne daß ein Pfennig Steuer oder Stempel-
gebühren in die Kasse des Reiches fließt. Der Haupt-
bürotag war der Sonntag, an dem die Bankhäuser
geschlossen sind. Um leichten Sonntag nun umstellt
die Polizei eine „Pension“, in der sich allerhand fast
ausschließlich vom Osten zugereiste Ausländer zusam-
menfinden, und nahm über 30 „Börsenbesucher“ fest,
darunter mehrere Personen, die zum Teil recht erheb-
liche Dinge auf dem Kerbholz haben. Im Augenblick
des Erscheinen der Beamten warf die ganze Gesell-
schaft die Vermögenswerte von vielen Millionen, die sie in gebündelten Tausendmarkscheinen bei sich trugen, hinter die Möbel und auf die Schränke. Die
Polizei nahm eine genaue Abschätzung des Vermögens
vor und konnte einen Betrag von über 3 Millionen
Mark beschlagnahmen, da sich keiner der Anwesenden
als Besitzer des Geldes bekannt.

Weigelt aus Bromberg und der 33-jährige Johann
Wottis aus Grünwalde, die über die Grenze geflüchtet
waren, von der preußischen Regierung der polni-
schen Justiz ausgeliefert.

Der Münchener Radionachrichten entkommen. Der
Bergolter Julius Rauchsteiner, den die Polizei we-
gen des seinerzeit gemeldeten großen Radionachrichten-
tauchs suchte, wurde in einem von Frankfurt nach München
fahrenden D-Zug gefasst. Um sich der Festnahme
zu entziehen, sprang R. kurz vor Donauwörth aus
dem fahrenden Zug. Die Polizei von Donauwörth nahm sofort die Verfolgung auf. Polizeiwachtmeister
Reubauer stellte den Dich, wurde aber durch einen
Schuß verletzt, so daß der Täter entkam.

Eine halbe Million für einen Kubus. Bei der
Versteigerung von Gemälden alter Meister aus dem
Nachlass des Freiherrn von Stumm in einer Berliner

Kunsthandlung brachte ein „Ringelstein“ von P. B.
Stubbens aus der Sammlung Weber 550 000 Mark. Der
aus circa 90 Stücken bestehende Nachlaß des Freiherrn
von Stumm brachte rund 1½ Millionen Mark. Von son-
stigen Preisen sind noch die folgenden zu erwähnen: J.
van der Sys „Der fronde Hob“ wurde mit 88 000 M.
„Der Liebesgarten“ von Cornelis van Haalem wurde
mit 80 000 M. bezahlt. A. F. Maulperthys „Himmels-
fahrt der Maria“ auf 75 000 M. bewertet. Paulus
Bors „Heiliger Franziskus“ wurde für 72 000 M.
verkauft.

Gefährliche Waffen. Zur Beerdigung eines
Alten Herrn waren Chargierte der katholischen Stu-
dentenverbindungen „Athenaia“-Marburg und „Sol-
lern“-Münster nach Uerdingen gekommen. Trotzdem
sie vorher die Erlaubnis nachgefragt und erhalten
hatten, wurden die Studenten unmittelbar nach der
Feier von der belgischen Besatzungsbehörde „wegen
verbeten Waffentrags“ verhaftet.

Großer Gutsbrand. Das Gut Bisperode bei
Hannover ist am Sonntag durch eine Feuerbrunst
fast völlig zerstört worden. Der Brand entstand in
einer Scheune, deren einer Teil zu Wohnungen für
Flüchtlinge aus Oberschlesien eingerichtet war. Den
Flammen fielen mehrere Schweine-, Schaf- und Kü-
hrläuse zum Opfer sowie zwei 80 bis 100 Fuß
lange Scheunen, die mit Kornstroh und Weizen gefüllt
waren. Verbrannt sind 280 Schafe, 20 Kühe, Ziegen
und 20 Schweine. Der Schaden beträgt mehrere
Millionen Mark.

Wissensfall im Stuttgarter Kommunistenprozeß.
Die Verhandlungen im Stuttgarter Kommunistenprozeß
vor dem Reichsgericht in Leipzig mußten abgebrochen
und auf den 23. November vertagt werden, da mehrere
der Angeklagten von schweren Verbenanfällen
betroffen wurden und aus dem Saal gebracht werden
mussten. Der hinzugezogene Rechtsanwalt empfahl die
Unterbrechung der Verhandlungen auf sechs bis sieben
Tage, während die Verteidiger beantragten, die Ver-
handlungen auf unbestimmte Zeit, etwa bis Anfang
Januar, auszusetzen. Während der Gerichtshof sich
zur Beratung zurückzog, kam einer der Angeklagten
einen Lobsuchtsanfall und schlug mit einem Stuhl
um sich.

Kleine Nachrichten.

* Etwa 1000 der besten Hotelräume der ersten Rei-
sern Hotels sind von den Entente-Kommisionen händig,
d. h. seit beinahe zwei Jahren, belegt.

* Die von der „Römischem Zeitung“ veranstaltete Samm-
lung für das Oppauer Hilfswerk schließt mit einem Ergebnis
von 1 808 576 Mark ab.

Schloß Tamerow.

Ein Familiensroman von Erich Knopf.

(31. Fortsetzung.)

Wald aber lenkte Elvira das Gespräch auf die
leichten Vorromantise: die Verlobung Adeles und die
Ausquartierung Hellmuts. Beide Themen schienen der
Kranken indessen Unbehagen zu bereiten. Ihr zerstreutes
Verehnen war so auffällig, daß die jüngere, der beiden
Angeführten sich veranlaßt fühlte, ihre Schwester durch einen freundlichen Stoß mit dem Ellbogen auf diese Tatsache noch besonders aufmerksam zu machen.

Für Elvira stand es nach den gewundenen und halb
confusen Erklärungen Agnes' fest, daß, wie schon so
oft, nur sie die Ursache an dem vorgetretenen Streit
zwischen Vater und Sohn gewesen sein könnte. Mit
Zerzweh muhte sie erkennen, daß ihre Besuche auf
Schloß Tamerow in Zukunft keinen Zweck mehr hatten,
weil die Gelegenheit, mit Hellmut in Verührung zu kom-
men, fortan fehlte.

Ein Hassgefühl gegen Agnes stieg in ihr auf, das sie vollständig beherrschte und kein freundliches Wort
mehr ausstossen ließ. Frostig klang jetzt Adele und
Gegenreden zwischen den beiden. Es wurde ungemeinlich in dem kleinen, so traulichen Salon. Bald stodte die Unterhaltung ganz. Deshalb brachen die Schwestern ungeachtet der Bitten Agnes' bald auf.

Elvira stieß mit dem Vorfaß, den Verlehr von nun an ganz einzustellen. —

Während die Damen sich im kleinen Salon unterhielten, hatte der Baron mehrere geschäftliche Abschlüsse gehabt. Da war der Inspektor Kohlrausch ab-
aufertigen, dem er Anweisungen über den Verlauf der
Schafwoche beim bevorstehenden Wollmarkt in der Pro-
vinzhauptstadt zu geben hatte. Gleich danach kam der
Gutsrechnungsführer, um die vom Baron verlangte Auf-
stellung über die gesamten Kornverkäufe des Vorfaß
vorzulegen und zu erläutern. Ferner hatte sich der reiche Kornhändler Neumann aus der Kreisstadt zu einer geschäftlichen Rücksprache eingefestelt.

Der Baron wollte ihn abweisen lassen, da er nicht gesonnen war, in diesem Herbst mit ihm Geschäfte zu machen. Doch bekam er sich im letzten Augenblick noch eines besseren.

„Mag er meinetwegen kommen,“ gab er dem
harrenden Tiner.

Bald darauf betrat Herr Neumann in devotes
Haltn das Zimmer.

„Tiner, Herr Baron!“ sagte er. „Komme soeben
vorbei an Ihren Feldern — überzeugt mich, daß schon
alles abgeerntet und der Ertrag im Gange ist. Da
sage ich mir: wirft dem Herrn Baron deine Aufstan-
tung machen und fragen, ob er Austräge zu verge-
ben hat.“

„Was alles vermahlen!“ — „Auf der neuen Mühle
von Weißensee!“

„Ja, so ist es“, bestätigte der Gutsbesitzer. „Das
Getreide wird vermahlen; das Mehl geht dann auf
dem Wasserweg fort. Ist schon so gut wie verkauft.“

„Schon so gut wie verkauft!“ echotete Neumann
niedergeschlagen. „Bin zu spät gekommen“, seufzte er
reuevoll hinzu, wobei er sich den Schweiß von der
Stirn wischte. „Diese Mühle wird noch mein Tod,
mein Ruin.“

Trotzdem klopste ihm der Baron auf die Schulter.
„Was Sie an mir nicht verdienen, bringen Ihnen die
anderen Güter wieder ein. Die Ernte ist in diesem

Jahre überall recht reichlich ausgefallen. Pressentin, Sülz, Schwente, Hindenbusch, Belonken sollen ganz ausgesiedelt abgekennet haben."

"Stimmt, stimmt, Herr Baron. Aber solchen guten Kunden wie Sie verliert man nicht gern. Es ist klude. Von Belonken komme ich übrigens her. Da war heute nichts zu machen. Herr Barpart ist zu Geschäft nicht aufgelegt wegen des Vorfall mit seinem künftigen Schwiegersohn, oder vielmehr mit seines Bruders. Gesagt hat er mir's natürlich nicht, aber ich habe es nachher erfahren. Alle waren sehr bestürzt. 's ist auch gewiss vermehrt ein Schlag für die Familie, Herr Baron. Erst solche Freude über das glückliche Familiengereignis, und nun? — Bub! Es gewiss vermehrt ein Schlag." Er schüttelte sich.

Der Baron war wie aus den Wolken gefallen.
"Ich verstehe Sie nicht recht. Was ist da passiert?
Ich weiß ja noch von nichts," stieß er sichtlich interessiert heraus und redete sich höher.
(Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten

Fortsetzung der Berliner Plünderungen.

Berlin, 21. November. Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung wurden heute wieder mehrere Geschäftsläden ausgeplündert. So zog ein Trupp Arbeitsloser vor einer großen Konditorei, zerstörte die großen Schaufensterscheiben und raubte die gesamten Auslagen, einschließlich der Altrappen aus. Dann drangen die Plünderer in ein im gleichen Hause befindliches Konfektionsgeschäft ein, wo sie zusammenrafften, was ihnen in die Hände fiel. Der inzwischen herangekommenen Polizei gelang es, noch 5 der ausjungen Burschen bestehenden Plünderer zu fassen. Wenige Minuten später zog ein Demonstrationszug von etwa 1200 Personen vor das bekannte Herrenkonfektionsgeschäft von Eßlers & Döckhoff und zerstörte sämtliche Schaukästen. Mit den Messingstangen der Kästen wurden dann vier große Schaufenster eingeschlagen und in ganz kurzer Zeit waren die Auslagen vollständig geleert. Die Wachspuppen wurden zerstört, die Ausbauten niedrigerissen und die Stoffbespannung zerrissen. Die Menge wollte dann in das Geschäft selbst eindringen, doch hatte der Geschäftsinhaber den Eingang verschließen lassen und hielt mit einem Revolver die Menge im Schach. Unter den jungen Burschen, die die Auslagen geraubt hatten, entstand dann eine wilde Jagd um die Kleidungsstücke. Inzwischen trafen mehrere Polizeikommandos

in Kraftwagen ein, bei deren Nahen die Menge die Flucht ergriß. 30 der Plünderer konnten aber verhaftet werden. Das Vorgehen der Burschen hatte unter den Passanten eine solche Empörung entfacht, daß die Polizeibeamten ihre Gefangen nur mit Mühe vor einer schweren Tracht Prügel schützen konnten.

Berlin, 22. November. Im eigentlichen Berlin sind bis Montag abend 15 Geschäfte von den Plünderern heimgesucht und zum Teil ausgeraubt worden. In den Kreisen der Geschäftsinhaber der geplünderten großen Kaufhäuser Leiser, Eßlers und Döckhoff herrscht größte Erregung gegen die Polizei, die trotz telefonischer Anzeige viel zu spät und in so ungenügender Zahl erschienen war, daß die Plünderer mit ihrem Raub sich ungehindert in Sicherheit bringen konnten. Nur 61 Verhaftungen konnten bis gestern abend und im Laufe der Nacht vorgenommen werden. Unter den Verhafteten befinden sich, wie zuverlässig verlautet, zwei mitteldeutsche Kommunisten, die wegen Verbredens beim mitteldeutschen Aufstand in Eiselen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, aber inzwischen begnadigt worden sind. Der am Sonntag verhaftete Hauptstädelsführer der Kommunisten, der Genosse Fehmann, lachte bei seiner Verhaftung die Polizeibeamten laut aus und sagte zu ihnen: "Selt der Revolution bin ich schon dreimal verhaftet, verurteilt und begnadigt worden. Auch diesmal werde ich bald wieder frei sein und Sie kommen alle noch an den Galgen!"

Zur Rede Briands.

3. Jülich. Die Rede Briands in Washington hat in der Schweizer Öffentlichkeit keinen guten Eindruck gemacht.

Münchens Ausverkauf.

München. In der gestrigen Stadtversammlung wurde mitgeteilt, daß der Ausverkauf Münchens sich bereits auf Häuer erstreckt. Ausländische Agenten lassen den Besitzern gedruckte Rundschreiben zugehen, wo zum Verkauf aufgefordert wird. Holz, Eisen, Zement und anderes Baumaterial werde außerdem in solchen Mengen über die Grenze geschafft, daß der Wohnungsbau schweren Schaden erleide. Eine Entschließung fordert schärfste Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer.

Bayrische Verstimmungen.

München. Der Beschuß der Untersuchungskommission des Reichstages, ihre Tätigkeit auch auf die bayrische Strafanstalt in Niederschönfelde auszudehnen, hat in politischen Kreisen Bayerns lebhafte Bewegung hervorgerufen. Der Haushalttausch des Landtages wird sich schon heute mit

dieser Angelegenheit beschäftigen. Man will durch rechtzeitige Stellungnahme vermeiden, daß zwischen München und Berlin eine Situation entsteht, wie sie bereits im September herrschte.

München. Der "Bayrische Kurier" erklärt in einem Leitartikel, daß das bayrische Volk Verlebungen der Verfassung, wie sie der Reichsjustizminister Dr. Radbruch plante, nicht mehr ertragen könne. Wenn das Volk einen Verfassungsbuch dulde, so zerstöre es die Grundlagen seiner Existenz. Das Blatt fragt, ob Dr. Radbruch die Richtlinien seiner Politik dem Reichskanzler vorgelegt habe.

Kurzettel.

Witgeteil vom Chemnitzer Bank-Verein,

Witgeteil Dippoldiswalde.

	Gesamtspähere.	Rück nom.	17. 11.	21. 11.
3 Deutsche Reichsbank	106,-	99,-		
3/2 "	66,-	67,50		
5 "	70,25	75,625		
5/2 "	77,12	77,-		
5/2 Spanien-Einheit	80,62	86,-		
3/2 Sächsische Staats-Einheit vom 35 à 100 %.	50,50	67,75		
3/2 " 50/50	60,-	96,-		
3/2 Bandesfaktur-Banknoten-Schein	1919	79,-		
4 " " "	91,-	90,-		
4/2 Deut. Renten-	103,-	108,-		
3/2 Deut. Renten-	60,-	63,-		
3/2 "	62,-	64,-		
4/2 " "	70,12	72,75		
3/2 Handelsbriefe.				
3/2 Handelsbriefe. Rendite. Wdr.			90,-	
3/2 " "	120,-	130,50		
3/2 Handelsbriefe. Rendite. Ar. Dr.			95,50	90,-
4/2 " "	99,25	99,25		
3/2 Sankt. Kötzen.				
Eigenes Deutsche Credit-Institut Leipzig	511,-	405,25		
Chemnitzer Bank-Verein	725,-	675,-		
Commerz. und Privatbank	451,-	490,-		
Deutsche Bank	600,-	671,-		
Dresdner Bank	590,-	574,-		
Elbeauer Bank	573,-	560,-		
Denkschriften				
Bank, telegraphisch Aus- zahlung an:	17. 11.		21. 11.	
Akkredit. Gold	Gold		Gold	
Akkredit. Silber	9090,90	9010,10	9515,45	9316,55
Akkredit. Eisen	4820,15	4820,85	4935,05	4941,-
Akkredit. Blei	6043,95	6050,05	6333,65	6346,35
Akkredit. Kupfer	3771,20	3778,80	3865,15	3853,85
Akkredit. Zinn	496,50	487,50	532,45	515,55
Akkredit. Eisen	4910,05	4919,95	5694,50	5195,10
Wert				
Wien (alte) 100 Kronen	8,78	8,82	9,48	9,52
Ung. 100 Pengo	260,70	270,30	279,70	284,30
Ung. 100 Kronen	28,47	28,53	29,07	29,13
Spanien 100 Peseten	3121,15	3234,85	3721,25	3784,75
Italien 100 Lire	1805,15	1811,85	1888,10	1891,00
London 1 Pfund Sterling	1083,90	1066,10	1128,85	1131,15
Angor 1 Dollar	1037,05	1040,15	1083,90	1089,10
Paris 100 Franc	1864,10	1871,00	200,45	271,03
Buenos Aires 1 Peso	85,40	85,60	86,68	89,60

	Bank, telegraphisch Aus- zahlung an:	17. 11.	18. 11.	21. 11.	22. 11.
Akkredit. Gold	Gold	Gold	Gold	Gold	Gold
Akkredit. Silber	9010,10	9515,45	9316,55		
Akkredit. Eisen	4820,85	4935,05	4941,-		
Akkredit. Blei	6050,05	6333,65	6346,35		
Akkredit. Kupfer	3778,80	3865,15	3853,85		
Akkredit. Zinn	487,50	532,45	515,55		
Akkredit. Eisen	4919,95	5694,50	5195,10		

Allen denen, die uns bei dem uns betroffenen

großen Brandunglück

so unermüdlich hilfreich zur Seite standen, drängt es uns unser allerherzlichsten Dank auszusprechen. — Zu besonderem Dank fühlen wir uns den Feuerwehren von Niederpöbel, Schmiedeberg, Naundorf und Obercarsdorf verpflichtet, die in überaus grossem Pflichtfeuer tätig waren.

Niederpöbel, den 22. November 1921.

Die Familien Max Jentzsch
Walter Apitzsch.

Achtung!

Achtung!

Dippoldiswalde und Umg.

Raute Donnerstag u. Freitag in Bildners Gut (gegenüber Hotel Sonne) Zeitungen, geb., Zeitchriften, geb., Alten, Bilder, Kunzen, Knöchen, Alteisen, Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Flint, Selt- und Weinsleischen zu höchsten Tagespreisen ein.

Paul Heinrich.

Wir sind abermals mit einem frischen Transport

Ostpr. — Holländer



hochwertig und frischmeliert, bei uns eingetroffen und stellen die selben nach obenste Quarantäne sehr preiswert zum Verkauf. Schlachtochs wird in Zahlung genommen.

Hainsberg Emil Kästner & Co.

Gerauer Dreieck 296.

Ein intelligenter

Zimmermann

zum Holzaufzähnen sofort gehucht.

Carl Schneider, Sigmobeldindustrie,
Döbeln, Bez. Dresden.

F. Hammelsleiß

empfohlen

Arthur Buttler.

Zürcher Hammelsleiß

empfohlen

A. Heinrich, Fleischermeister.

1 Paar neue dunkelfarbige Hosen

zu verkaufen Hennersdorf 31.

20000 Mark

auf 1. oder 2. Höhe Hypothek auszuleihen zu 4 Prozent. Off. unter "100" an die Geschäftsst.

Greshmaschinen-

Oel

wie sämtliche Motoren, Maschinen-Oel usw. wie auch alle anderen einjährigen Artikel empfohlen. bekannter Güte

Hermann Lommel.

Druggist zum Elefanten,

Dippoldiswalde.

Kind-Häute

Jelle

zu den allerhöchsten Tagespreisen

Max Arnold,

Dippoldiswalde,

gegenüber der Post.

Nach werden sämtliche Jelle zu

Belgen, Bettvorlagen, Boos usw.

ausgerichtet.

Schlacht-

Pferde

aus

Dorn. Scharte, Schlachtstiere,

Dippoldiswalde, Markt 28,

Telephon 80.

Bei Not schlachtung sofort zu

Jelle. Nachtfutter vorhanden.

Drucks